Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die fünfgespaltene Korpuszeile 20, Reklamezeile 30 Pf.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10 bis spätestens vormittags 10 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 1,60 Mk. von unseren Boten ins Haus gebracht 1,75 Mk und durch den Briefträger 1,74 Mk.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 45. | Dienstag, den 15. April 1919. | 58. Jahrgang.

Deutsche Nationalversammlung.

Ablehnung der Sommerzeit.

Die deutsche Nationalversammlung erledigte am Freitag nachmittag zunächst eine Reihe von Anfragen. U. a. wurde eine gerechte Verteilung des Zeitungsdruckpapiers an alle deutschen Tageszeitungen gefordert. Der Regierungsvertreter versprach die baldige Aufhebung der Kontingentierung des Zeitungspapiers.

Die Anfrage, ob sich die Beschlagnahme des Privateigentums des Breslauer Bistums durch die tschechoslowakische Regierung bewahrheite, wird bejaht und Gegenmaßnahmen zugesichert.

Es folgte die erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die

Sommerzeit,

d. h. die Verlegung der Stunden während der Zeit vom 28. April bis 15. September 1919.

In der Debatte schlug der Vertreter der bayerischen Regierung, Ministerialdirektor Rehmar, zuerst den Ton der Ablehnung der Vorlage an. Als man im Hause neugierig fragte, im Namen welcher bayerischen Regierung er spreche, antwortete er entrüstet: „Es gibt nur eine bayerische Regierung, zurzeit in Bamberg." Redner erklärte im Namen seiner Regierung, daß sie die Einführung der Sommerzeit, entsprechend der Haltung, die die landwirtschaftliche Bevölkerung Bayerns ausnahmslos und die Arbeiterschaft in Handel und Industrie zum überwiegende Teil einnimmt, entschieden ablehnt.

Nur Abg. Dr. Hartmann (Dtschntl.) begrüßte, als Arzt, die Vorlage im Interesse der Volksgesundheit.

Die Abstimmung ergab die Ablehnung des Gesetzentwurfs.

Einstimmige Annahme in allen Lesungen fand der Gesetzentwurf betr. die Ausbildung von Kriegsteilnehmern zum Richteramt. Bei der Beratung konnte Justizminister Landsberg die Beendigung der Vorarbeiten für ein neues Strafgesetzbuch noch vor Ablauf des Jahres in Aussicht stellen und in einer nur noch wenigen Wochen zählenden Zeit die Novelle zur Strafprozeßordnung.

In allen drei Lesungen wurde ebenfalls der Gesetzentwurf auf Aenderung des Kriegssteuergesetzes vom 21. Juni 1916 (Verwendung der Einnahme aus der Kriegsabgabe für die Fehlbeträge der Rechnungsjahre 1916, 1917 und 1918) ohne Debatte angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Weimar, 12. April.

In der heutigen Sitzung begann die Nationalversammlung zunächst die Aussprache über den Gesetzentwurf, der die Kaliwirtschaft regeln soll.

Abg. Sachse (Soz.) stellte sich nach der Mitteilung, daß im rheinisch-westfälischen Bergbau der Friede bevorstehe, vollständig auf den Boden des Gesetzes. Geheimrat Grasmann verteidigte kurz den Entwurf.

Die Abgg. Imbusch (Ztr.), Pohlmann (Dem.), Behrens (Dtschntl.) und Reinicke (Dtsch Vp.) machten auf die Schattenseiten der Sozialisierung und die Mängel des Entwurfes aufmerksam: die nicht genügende Rücksichtnahme auf die Landwirtschaft. Das Gesetz wurde dem Ausschuß überwiesen.

Preußische Landesversammlung.

In der Freitag-Sitzung der preußischen Landesversammlung nahm die Rede ihres Präsidenten Leinert, die im Hause lebhafteste Zustimmung fand, das Hauptinteresse in Anspruch. Besonders wirkungsvoll war seine Erklärung, daß unsere Regierung niemals ihre Zustimmung zu einem Gewaltfrieden geben darf, der Deutsche unter die Fremdherrschaft anderer bringt.

Der einzige Diskussionsredner, der Unabhängige Abg. Adolf Hoffmann erklärte, daß sich seine Partei nicht dem gemeinsamen Antrag der anderen Parteien, für einen wahren Verständigungsfrieden zu wirken, anschließen könne. Auch seine Partei verlange die sofortige Aufhebung der Blockade und die Zurückführung der Gefangenen, jedoch müsse sie sich der Abstimmung enthalten, weil sie sich ausschließe gegen einen Appell an die bürgerliche Regierung der kapitalistischen Länder.

Bei der Abstimmung des Antrags ergab sich eine große Mehrheit, nur die Unabhängigen waren auf ihren Plätzen sitzen geblieben. Hierauf wandte sich das Haus der Beratung der Anträge über Gemeindefragen zu.

Es folgte die Beratung der Anträge auf

Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht,

Hebung der Volksschule und des Lehrerstandes. Kultusminister Haenisch kündigte einen Gesetzentwurf über völlige Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht und der Ortsschulaufsicht an. Als Ersatz käme die Kreisschulaufsicht durch Fachleute. Zustimmend äußerten sich ein Redner der demokratischen Partei und die Vertreter der sozialdemokratischen Parteien. Hierauf vertagte sich das Haus auf Sonnabend.

Berlin, den 12. April.

Nach Erledigung von Anfragen wird der Gesetzentwurf über Landeskulturbehörden der Siedlungskommission überwiesen.

Es folgte die Beratung der Anträge des Zentrums und der deutschen Volkspartei auf Lebensmittellieferung an die Berg- und Hüttenarbeiter.

Abg. Brust (Zentr.) schilderte die traurigen Ernährungsverhältnisse im westfälischen Revier. Handelsminister Fischbeck legte dar, daß von der Regierung bisher alles für die Bergarbeiter geschehen sei, was bei der herrschenden Lebensmittelknappheit möglich war.

Preußische Landesversammlung.

12. April. Es kamen Anträge auf Entschädigung der Gemeinden und Einwohner in den besetzten Gebieten, auf Erhöhung der dortigen Teuerungszulagen und auf Hinterbliebenenversorgung für die in den Polenkämpfen gefallenen Bürger- und Bauernwehrmitglieder zur Vorlage.

Wohlfahrtsminister Stegerwald teilt mit, daß eine entsprechende Verordnung in Bearbeitung sei.

Die Anträge gehen an einen Ausschuß. Ein Antrag der Unabhängigen fordert die Verwendung der Gebäude der Hohenzollern-Familie zu Wohlfahrtszwecken.

Abg. Rosenfeld (U. S.): Der Antrag läßt die Eigentumsverhältnisse an den Gebäuden unberührt. Der Antrag wird gegen die Rechte angenommen. Eine Reihe weiterer Anträge geht an verschiedene Ausschüsse. Es folgt der Antrag der Unabhängigen, den 1. Mai und 9. November zu gesetzlichen Feiertagen zu erklären.

Abg. Veyl (U. S.): und Bartels (Soz.) sprechen für den Antrag.

Abg. Hippel (Dn.): Der 9. November ist kein Freudentag sondern der größte Jammertag des deutschen Volkes. (Großer Lärm bei den Soz.)

Der Antrag bezüglich des 1. Mai wird mit 114 gegen 113 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmen nur die beiden sozialistischen Parteien. Bei der Abstimmung bezüglich des 9. November ergibt sich bei 115 Ja und 11 Nein Beschlußunfähigkeit. Nächste Sitzung: Dienstag, den 15. April. 2 Uhr nachmittag. Schluß 6 Uhr.

Der Diktatfrieden.

Die Zukunft des Saarbeckens.

Ein Funkspruch aus Lyon verbreitet in Bern einen Bericht, wonach der Viererrat in der Saargebietsfrage eine endgültige Entscheidung getroffen haben soll, und zwar soll danach das

Saarbecken Frankreich auf 15 Jahre zuerkannt

werden. Nach Ablauf derselben soll eine Volksabstimmung stattfinden.

Wie ein Rotterdamer Blatt aus Paris meldet, sollen die Grenzen des Saarbeckens nach Norden, wo sich die Bergwerke befinden, deren Ausbeutung Frankreich zugesprochen werden wird, recht weit gesteckt werden und sich bis an die Pfalz erstrecken. Wilson, der zunächst Vorbehalte gemacht hat, sei jetzt einverstanden. Der Privatsekretär Lloyd Georges erkläre dem Vertreter des „Petit Journal": In 14 Tagen oder drei Wochen werden die deutschen Vertreter nach Versailles entboten werden. Ueber die territorialen Bestimmungen des Friedens werde mit den deutschen Vertretern nicht verhandelt werden, sondern sie können unsere Bedingungen annehmen, wie sie ihnen vorgelegt werden, oder nicht. Wenn sie ablehnen, würde der Waffenstillstand gekündigt werden.

Vom Räte-Kongreß.

In der Sonnabendsitzung wurde zur Kenntnis gebracht, daß der Senat des Kammergerichts die Haftentlassung Ledebours wegen Fluchtverdacht abgelehnt hat. Das Mitglied des Zentralrats Cohen-Reuß referierte dann über den Wiederaufbau Deutschlands und das Rätesystem. Er sagte u. a.: Der Rätegedanke ist nicht ein bolschewistisches Produkt. Die deutschen Gewerkschaften waren sehr geeignet, den Träger des Produktionsgedankens zu bilden. Aber sie waren zu wenig elastisch, sonst hätten sie sich an die Spitze des Rätegedankens stellen müssen. Ich habe aber die bestimmte Hoffnung, daß sich die Gewerkschaften zurückfinden werden."

Der Korreferent Däumig (U. S. P. D.) empfahl die Annahme des Antrages zum Rätesystem.

Dem „Berl. Tgbl." zufolge ist Brandes-Magdeburg aus der Haft entlassen worden.

Wider die Räterepublik.

Wie vom Generalkommando in Nürnberg mitgeteilt wird, soll in München die Gewalt der

Räte vor dem Zusammenbruch

stehen. Das Münchener Militär stehe auf seiten der Regierung Hoffmann. Diese hat sich nunmehr zur Schaffung einer auf breiter Volksgrundlage zu bildenden **Volkswehr** entschlossen.

Das Münchener Gemeindekollegium hat die vom Landtage eingesetzte Regierung als die gesetzmäßige anerkannt.

Die Unterwerfung Augsburgs.

In vielen Städten sind die ausgerufenen Räterepubliken wieder rückgängig gemacht worden. Das Militär steht überall hinter der Regierung Hoffmann. Augsburg hat sich bedingungslos unterworfen, ebenso Schweinfurt und Aschaffenburg.

Die bayerische Regierung in Bamberg.

Das Ministerium des Freistaates Bayern setzt sich zusammen wie folgt: Minister des Aeußeren und Kultus: Hoffmann, Minister des Innern: Segitz, Minister für Landwirtschaft: Steiner, Minister für Handel und Industrie: Segitz, Finanzminister in Vertretung: Kalckbrenner, Minister für soziale Fürsorge in Vertretung Gesteiger, Minister für militärische Angelegenheiten Schneppenhorst, Justizminister: Endres.

Unruhen und Streiks.

Belagerungszustand in Danzig.

Der Kommandierende General des 17. Armeekorps hat den Belagerungszustand über Danzig und Umgebung erneut verhängt. Die Pressefreiheit ist eingeschränkt.

Die Streiklage in Danzig hat sich verschärft. Freitag mittag traten auch die städtischen Arbeiter in den Ausstand, so daß die Gas- und Elektrizitätswerke zum Stillstand kamen. In der Nähe des Hauptbahnhofes kam es kurz vor 4 Uhr abermals zu einem blutigen Zusammenstoß. Der Pöbel ging mit Knüppeln gegen die Soldaten vor. Die Zahl der Opfer vom Mittwoch bis Freitag ist viel größer, als man zuerst angenommen hatte. Bisher sind 37 Tote gezählt und etwa 110 Verwundete. Die Verletzungen sind durchweg schwerer Natur.

Der Eisenbahnerstreik in Danzig ist beendet.

Gefechte in Börssum.

Freitag abend entwickelte sich am Bahnhof Börssum, 25 Kilometer südlich Braunschweig, an der Linie Braunschweig—Harzburg, ein Feuergefecht. Im Laufe des Tages hatten Goslarer Jäger den Bahnhof besetzt und einen Panzerzug vorgeschoben, um die Eisenbahnstrecke Magdeburg—Börssum—Hildesheim zu sichern. Bei Einbruch der Dunkelheit erschien von Braunschweig ein Militärkraftwagen, der von einem mit Bewaffneten besetzten Lastauto begleitet war. Da die Wagen auf Anruf die Regierungstruppen angriffen, wurden sie unter Maschinengewehrfeuer genommen. Unter schweren Verlusten mußten sich die Braunschweiger Kommunisten zurückziehen.

Die Besatzung des Bahnhofs Schöningen, die die Volksmatrosen-Division Braunschweig gestellt hatte, wurde von Regierungstruppen gefangen genommen und wird nach Goslar eingebracht.

Abflauen des Streiks im Ruhrrevier.

Die aus dem Ruhrgebiet vorliegenden Meldungen über die Streiklage lassen ein Abflauen der Streikbewegung erkennen. In 15 von insgesamt 20 Bergrevieren hat die Zahl der Streikenden abgenommen. Auf verschiedenen Zechen im Revier Recklinghausen ist am Sonnabend die Arbeit ganz oder zum größten Teil wieder aufgenommen worden. Auch im Dortmunder und in anderen Bezirken ist die Streikbewegung zurückgegangen, während im Hamborner, Oberhausener und Gelsenkirchner Revier der Streik am Sonnabend unverändert fortdauerte.

Auf den Kruppschen Werken ist der Streik am Freitag fast vollständig zusammengebrochen.

Die vier Bergarbeiterverbände erlassen einen gemeinsamen Aufruf an die Bergarbeiter des Ruhrreviers, in dem sie die Arbeiter unter Hinweis auf die bei den Verhandlungen mit dem Zechenverband und den Knappschaften erreichten Zugeständnisse auffordern, die Arbeiten aufzunehmen.

Das Ersaufen der Schächte.

Infolge des Bergarbeiterstreiks machen sich auf einem Teil der Zechen bereits erhebliche Betriebsstörungen bemerkbar. Auf der Zeche „Franziska" ist die sechste Sohle bereits ersoffen, und auf der Zeche „Minister Achenbach" besteht gleichfalls die Gefahr des Ersaufens der Schächte, da die für die Kohlengewinnung angestellten Beamten nicht genügend Kohlen zur Inbetriebhaltung der Pumpen fördern konnten.

Einstellung des Bahnverkehrs in Kassel?

Von der Eisenbahndirektion in Kassel wird die vollständige Einstellung des Bahnverkehrs erwogen, da infolge des Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet die Kohlenvorräte völlig erschöpft sind. Der Zugverkehr ist bereits seit Donnerstag auf ein Mindestmaß beschränkt worden.

Spartakistenputsch in Hagen.

Spartakisten stürmten am Freitag das Gerichtsgefängnis in Hagen und befreiten wahllos die Gefangenen, unter ihnen eine Anzahl schwerer Verbrecher, dagegen keinerlei politische Gefangenen. Die Spartakisten hausten im Gefängnis wie die Wilden und demolierten die Räume. Als eine Abteilung der Stadtwehr erschien, ergriffen die Spartakisten die Flucht.

Die Kämpfe in Düsseldorf.

Das Militär in Düsseldorf hat in der Nacht zum Sonnabend die Umgebung des Hauptbahnhofes von den bewaffneten Spartakisten gesäubert. Aus dem Vorort Bilk wurde der Hauptbahnhof den ganzen Freitag über durch die Spartakisten, die auf der Kölner Straße Barrikaden errichtet hatten, beschossen. Dabei wurden drei Reisende getötet und eine ganze Anzahl v...

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119190415-11/fragment/page=0001

wie Zahl der Opfer der letzten Tage betrug auf beiden der Spartakisten bis Sonntag mittag etwa 20 Tote und 50 Verletzte, auf seiten der Regierungstruppen 8 Tote und 24 Verwundete. Der Hauptbahnhof war am Sonnabend gesperrt. Der Eisenbahnverkehr wird über den Bahnhof Dresden-Neustadt geleitet. Seit Dienstag sind infolge des Streikes keine Zeitungen mehr erschienen und es ist auch nicht möglich, aufklärende Flugblätter und Bekanntmachungen zu verbreiten.

Politische Nachrichten.

° **Berlin.** Hier tagte eine Konferenz der kommunalen Arbeiter- und Betriebsräte Großberlins zur Herbeiführung einer Arbeitsgemeinschaft.

° **Weimar.** Das Reichsstickstoffmonopol ist vom Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung einmütig gutgeheißen worden.

° **Reuß.** Der Vollzugsrat des Volksstaates Reuß hat einen Antrag Kahnt (U. S. P. D.) u. Gen. angenommen, der reichsgesetzliche Maßnahmen fordert, die die Einzelstaaten ermächtigen, Eingriffe in den Privatbesitz der Fürstenhäuser an Grund und Boden und dessen Ueberführung in den allgemeinen Besitz ohne Entschädigung vorzunehmen.

° **Waldeck-Pyrmont.** Die Nationalversammlung von Waldeck-Pyrmont wählte zum Vorsitzenden Sanitätsrat Winkhaus (Demokrat), zum stellvertretenden Vorsitzenden den Schriftsteller Kramer (Soz.) und zum Schriftführer den Oberlehrer Hufnagel (Dtschntl.).

Reichsminister Schiffer tritt zurück!

Weimar, 12. April. Der Reichsminister der Finanzen Schiffer hat vor mehreren Tagen sein Rücktrittsgesuch eingereicht, da er den Linkskurs der Regierung, insbesondere die Sozialisierungsmaßnahmen, zu verhängnisvoll für die finanzielle Gesundung des Reiches hält und die Verantwortung für sein Ressort nicht mehr zu tragen wünscht. Die Ministerkollegen haben in einer langen Kabinettssitzung versucht, Herrn Schiffer umzustimmen. Es ist ihnen bisher nicht gelungen. Wie wir hören, soll von seiner Fraktion noch einmal ein letzter Versuch gemacht werden. Falls Herr Schiffer auf seinen Rücktritt besteht, würde wahrscheinlich Herr Gothein sein Nachfolger werden und der ehemalige Staatssekretär Dernburg das Reichsschatzamt übernehmen.

Der Aeltestenausschuß der Nationalversammlung hat unter dem Eindruck der komplizierten innerpolitischen Lage beschlossen, die Vertagung der Nationalversammlung aufzuheben und die Verhandlungen zum mindestens bis Dienstag weiterzuführen. Voraussichtlich wird dann eine kurze Osterpause eintreten. Gleich nach Ostern werden die Sitzungen wieder aufgenommen werden.

Ermordung des sächsischen Kriegsministers.

Dresden, 12. April. Heute vormittag sammelten sich die Verwundeten der Dresdner Lazarette auf dem Theaterplatz, um gegen die Verhaftung des Kriegsministers Neuring zu protestieren, daß in Zukunft nur noch Friedenslöhnung an die Verwundeten ausgezahlt werden solle. In einem Zuge von etwa 500—600 Mann bewegten sich die Demonstanten nach dem Kriegsministerium, wo sie eine Abordnung an den Kriegsminister schickten. Dieser weigerte sich, die Abordnung zu empfangen. Die Menge, von kommunistischen Rednern aufgereizt, nahm eine drohende Haltung an und stürmte den Eingang des Gebäudes. Die Sicherheitswache schritt ein und machte von der Waffe Gebrauch. Inzwischen hatten sich die Demonstranten noch verstärkt. Die Wache wurde überwältigt und entwaffnet. Die herbeigerufenen Regierungstruppen erklärten, nicht eingreifen zu wollen. Sie haben die Waffen abgegeben und sind wieder abmarschiert. Die aufgeregte Menge hielt den Platz vor dem Kriegsministerium besetzt. An verschiedenen Stellen waren Maschinengewehre aufgestellt und nahmen das Ministerium unter Feuer. Um 4 Uhr drangen die Demonstranten in das Gebäude ein, griffen den Kriegsminister Neuring, der sich in das oberste Stockwerk geflüchtet hatte, schleppten ihn auf die Straße, mißhandelten ihn schwer und stürzten ihn dann von der Brücke in die Elbe hinab. Als er das Ufer schwimmend zu erreichen suchte, schossen die Demonstranten auf ihn, worauf er nach wenigen Minuten in den Fluten verschwand.

Dresden im Belagerungszustand.

Dresden, 12. April. Das Gesamtministerium erläßt folgende Kundgebung an die Einwohnerschaft Dresdens: Am 12. April nachmittags haben sich hunderte von kriegsverletzten Soldaten vor dem Kriegsministerium versammelt. Anlaß dazu gab die vom Reiche angeordnete Herabsetzung der Löhnung der Unteroffiziere und Mannschaften auf den Friedenssatz, die aber zunächst für Sachsen keine Anwendung findet. Die sächsische Regierung wird sich unverzüglich an die Reichsleitung wegen Aufhebung dieser Verfügung wenden. Ein verbreitetes, aber nachweisbar falsches Gerücht, daß Minister Neuring Auftrag zum Werfen mit Handgranaten gegeben habe, gab Anlaß zu starker Beschießung und Erstürmung des Kriegsministeriums. Kriegsminister Neuring ist auf bestialische Weise ermordet worden. Eine solche Handlungsweise fordert die Regierung zu scharfen Maßnahmen heraus. Der Belagerungszustand wird proklamiert. Wir ersuchen die gesamte Einwohnerschaft zur Ruhe und Besonnenheit. Die Regierung trifft unverzüglich Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung. Einwohner Dresdens verschärft nicht das Elend der Gegenwart. Not und Entbehrung haben wir alle ertragen. Durch Unbesonnenheit wird eure Leidenszeit verlängert.

Dresden, 12. April 19.

Das Gesamtministerium. J. V. (gez.) Uhlig.

Sturz der Münchener Räteregierung.

Weimar, 13. April. Nach Meldung des 1. Armeekorps aus München wurde die Räteregierung durch die Garnison gestürzt. Eine Wiederherstellung kommt nicht in Frage. — Die bayrische Regierung hat folgende Proklamation erlassen: An das bayrische Volk! Die Münchener Garnison hat die Gewaltherrschaft in München weggefegt. Das Kartenhaus der Unbefugten Eindringlinge ist zusammengebrochen. München und ganz Bayern atmet erleichtert auf. Die Gewalt der rechtmäßigen Regierung Hoffmann hat sich mit elementarer Kraft durchgesetzt und ist auch in München wiederhergestellt. Als Vertreter der Regierung ist mit weitgehenden Vollmachten der Abgeordnete Vogel aus Fürth nach München entsandt. Seinen Weisungen ist bis auf weiteres unbedingt Folge zu leisten. Er vereinigt in sich die gesamte Zivil- und Militärvollzugsgewalt in München. Alle bisherigen Verordnungen der Räterepublik sind außer Wirksamkeit gesetzt. Bayern haltet treu zur Regierung Hoffmann. Vereint alle eure Kräfte, um die Wiederkehr der soeben niedergeworfenen Gewaltherrschaft für alle Zukunft unmöglich zu machen und der Regierung den Wiederaufbau des zerrütteten bayrischen Staates zu ermöglichen. Nur Ordnung und Arbeit führt zum Ziel.

Die Regierung des Reichsstaates Bayern.
Der Ministerpräsident. (gez.) Hoffmann.

Brandes aus der Haft entlassen.

Berlin, 12. April. Das „B. T." meldet: Das außerordentliche Kriegsgericht, das die Angelegenheit Brandes zu untersuchen hatte, verfügte, daß Brandes sofort aus der Haft entlassen werde. Brandes ist beschuldigt, in der Eigenschaft als Führer der Unabhängigen einen Militäraufstand in Magdeburg vorbereitet zu haben. Die Regierung hatte die Verhaftung Brandes verfügt.

Der Transport der Truppen des Gen. Haller.

Berlin, 12. April. Die Beförderung der Truppen des Generals Haller durch Deutschland wird am 15. April beginnen.

Provinz und Nachbarstaaten.

Teuchern, den 14. April.

— **Gedenkfeier für die gefallenen Krieger.** Wie in ganz Deutschland soll auch in Teuchern am Karfreitag eine Gedenkfeier für die gefallenen Helden veranstaltet werden. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigter, Ortsgruppe Teuchern, hat die Leitung und Vorbereitung dazu in die Hand genommen. Er wird ein „Weihespiel für unsere toten Helden" von Felix Neumann zur Darstellung bringen. Diese Aufführung wird umrahmt sein von musikalischen Darbietungen auf dem Harmonium, entsprech. neben Liedern des Gesangvereins aus Gedichten. In erster Linie sollen die Angehörigen der Gefallenen Eintrittskarten erhalten. Soweit dann noch Plätze frei sind, ist jedermann willkommen. Der Ueberschuß soll für die Hinterbliebenen der gefallenen Krieger verwendet werden. Siehe Anzeige!

— **Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen. Ortsgruppe für Teuchern und Umgegend.** In Anbetracht seiner großen Aufgabe beschloß der Vorstand der Ortsgruppe einen größeren „Ehrenausschuß" zu wählen. Dieser ist davon durch Rundschreiben in Kenntnis gesetzt und gebeten worden, mit allen Kräften für unsere Ziele mitzuwirken. Diese Bitte wird nun an dieser Stelle nochmals nachdrücklichst betont! Säume niemand! Die Pflicht drängt! Soll unsere Arbeit eine ganze sein, dann heißt es: Wach auf und zeige dich dankbar denen, die dir Heimat und Leben unter Einsetzung ihres Lebens erhalten haben! Sei nicht lau und vergiß das Gute nicht sobald.

Schon heute kann der Vorstand darauf hinweisen, daß in der Woche nach Ostern eine große öffentliche Versammlung stattfindet, in der ein auswärtiger, hervorragender Redner sprechen wird. Bis dahin, vornehmlich in den Ostertagen, wollen wir unserer gefangenen Brüder im besonderen gedenken, wenn Vorstands- und Ausschußmitglieder Listen zur Zeichnung vorlegen!

Mögen auch unserem Werke rechte Ostern beschieden sein.

— Wir machen nochmals auf dieser Stelle darauf aufmerksam, daß die **Gutscheine der Stadt Zeitz** zu 20, 10 und 5 Mark am 15. ds. Mts. ungültig werden. Die hiesige Gewerbebank, Baderstraße 4 übernimmt noch an diesem Tage gegen angemessene, übliche Vergütigung den Umtausch genannter Scheine. Die Scheine zu 10 und 20 Pfg. (in beiden Größen) bleiben noch weiter im Verkehr.

— Im Gasthof Bahnhof Deuben fand gestern eine Versammlung der Lehrer des Kreisschulinsp.-Bezirks Teuchern statt, in der über Lehrer-Räte verhandelt wurde. Ueber diesen Gegenstand sprach Hauptlehrer Kroschel-Gröben. Redner wies auf die Stellung, die Obliegenheit und die Bedeutung der Lehrer-Räte hin und gab dann Richtlinien für die vorzunehmende Wahl. Der Inspektionsbezirk wurde in 9 Wahlbezirke eingeteilt, in denen der Vorsitz dem ältesten Mitgliede übertragen wurde. Gewählt wurden die Lehrer Oppermann-Teuchern, Henniger-Meineweh, Eberling-Gröbitz, Richter-Kretzschau, Schober-Nonnewitz, Mende-Hohenmölsen, Mende-Keutschen, Zentschel-Granschütz und Frl. Dännhardt-Teuchern. Zu Stellvertretern wurden gewählt: Roloff-Teuchern, Beyer-Haardorf, Straube-Stößen, Höpfner-Tierbach, Rektor Schirrmacher-Streckau, Karow-Trebnitz, Müller-Hohenmölsen, Neuschulz-Rößuln und Frl. Hoffmann.

— Die gestrige, von der kommunistischen Partei in Weißenfels in den „Grünen Baum" hier einberufene öffentliche Versammlung konnte, infolge Ausbleibens des Redners, nicht stattfinden. Wie der Versammlungsleiter erklärte, sei ihm die Mitteilung geworden, daß dem Referenten infolge ungünstigen Bahnanschlusses das rechtzeitige Erscheinen unmöglich gewesen wäre. Als sehr bedauerlich wurde es jedoch bezeichnet, daß nicht einmal einer der Weißenfelser Genossen es für nötig erachtet hätte, nach Teuchern zu kommen. Das eingenommene Eintrittsgeld soll der kommunistischen Zahlstelle Weißenfels zur Deckung der entstandenen Unkosten zugestellt werden.

— **Wiederinverkehrsetzung der Nickelmünzen.** Nachdem die Gründe für die Einziehung der Nickelmünzen zu Zehn- und Fünfpfennig fortgefallen sind, sind die öffentlichen Kassen angewiesen worden, diese Münzsorten nicht mehr zurückzuhalten und etwa angesammelte Stücke wieder dem Verkehr zuzuleiten.

Zeitz, 10. April. Der Erste Staatsanwalt in Naumburg hat zur Aufklärung der Vorgänge, die bei den Streikunruhen zur Ermordung des Leutnants Schröder vom Infanterie-Regiment 97 führten, eine Belohnung von 10 000 Mk. ausgesetzt. Für Namhaftmachung der bei der Zusammenrottung, Mißhandlung und Ermordung beteiligten Personen, insbesondere der Rädelführer, wird obige Belohnung nach erfolgter Verurteilung verteilt.

Halle, 12. April. Gestern nachmittag trafen auf dem hiesigen Bahnhofe weitere 160 Kriegsgefangene aus England ein, und zwar 40 Schwer- und 120 Leichtverwundete. Sie fanden Aufnahme in den hiesigen Lazaretten.

Naumburg, 11. April. Heute wurde die Verhandlung gegen Maurer Franz Reinhardt aus Lützen wegen Meineid fortgesetzt. Es sollte heute festgestellt werden, ob der Beschuldigte bei der Eidesleistung ausdrücklich auf die Werte der Grundstücke usw. hingewiesen worden sei. Mit Sicherheit hat sich dies nicht nachweisen lassen. Die Geschworenen erkannten den Angeklagten des Falscheides schuldig und da bei fahrlässigem Falscheid die Höchststrafe 1 Jahr Gefängnis beträgt, kam die Frage zur Prüfung, ob die Strafzat unter den Amnestieerlaß falle. Der Gerichtshof nahm an, daß, da der Angeklagte einen Gewinn erstrebt habe, der Amnestieerlaß nicht zur Anwendung zu kommen habe und setzte die Strafe auf fünf Monate Gefängnis fest, unter Berücksichtigung des Umstandes, daß der Angeklagte noch unbestraft ist.

Halle, 9. April. In der ersten Sitzung des neuen Stadtverordnetenkollegiums wurden die Stadtverordneten durch Oberbürgermeister Rive in ihr neues Amt eingeführt. Ein Antrag der Unabhängigen verlangt die Einsetzung einer städtischen Sozialisierungskommission, der die Sozialisierung des städtischen Wirtschafts-, Gesundheits- und Erziehungswesens obliegen soll. — In Halle tagten die Vertreter von 18 Ortsgruppen im Regierungsbezirk Merseburg des Volksbundes zum Schutze der Kriegs- und Zivilgefangenen, die insgesamt 18 000 Mitglieder zählen. Der Vorsitzende des Zentralvorstandes machte die Mitteilung, daß die Reichsregierung 32 Millionen Mark für die zu erwartenden Kriegsgefangenen zur Verfügung gestellt habe.

Die Halleschen Stadtverordnetenwahlen ungültig

Halle, 11. April. Gestern hat sich die eingesetzte Prüfungskommission der neuen Stadtverordnetenversammlung, mit den Wahlprotesten beschäftigt, die gegen die Gültigkeit der Wahl erhoben worden sind. Die Stadtverordnetenwahl fand bekanntlich gerade an jenem Sonntage statt, an dem es in Halle zu Straßenkämpfen kam. Die Kommission, der Mitglieder aller Parteien angehören, kam zu der Auffassung, daß die Proteste berechtigt sind. Sie beschloß daraufhin, heute stattfindenden außerordentlichen Plenarversammlung zu empfehlen die Wahlen für ungültig zu erklären. Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt, also: sowohl die bürgerlichen wie die sozialdemokratischen Gruppen waren für die Ungültigkeitserklärung. Man einigte sich weiter darüber, daß die Neuwahlen mit möglichster Beschleunigung betrieben werden sollen.

Magdeburg, 12. April. In Magdeburg herrscht vollkommene Ruhe. — Im Umkreise von 50 Kilometern von Braunschweig ruht jeder Eisenbahn-, Fernsprech- und Postverkehr. Kurz vor Helmstädt, in der Richtung aus Magdeburg sind die Schienen aufgerissen.

Magdeburg, 10. April. Der General der Infanterie Frhr. Alfred v. Lyncker, geboren zu Neuhof bei Lasdehnen, ist gestern in seiner Berliner Wohnung, im Hause Kurfürstendamm 105, gestorben. Er war zuletzt stellv. Kommandeur des 4. Armeekorps.

Leipzig, 12. April. In einer in der Wandelhalle der Universität abgehaltenen Studentenversammlung wurde über die Schließung der Universität und Stellung zum Grenzschutz verhandelt. Nach einer bis in die späten Nachtstunden andauernden zum Teil stürmischen Debatte, in der auch der Rektor der Universität das Wort ergriff, wurde eine lange Entschließung angenommen, in der die gesamte Studentenschaft aufgefordert wird, sich den bestehenden Reichswehrformationen zur Verfügung zu stellen, sobald die Reichsregierung einen entsprechenden Aufruf erläßt. Das Zwischensemester soll heute geschlossen und der Beginn des Sommersemesters unter gewissen Bedingungen verschoben werden, falls sich die politische Lage weiter verschärfen sollte. Schließlich wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß sämtliche Hochschulen sich dem Beschluß der Leipziger Studentenschaft anschließen werden.

Apolda, 11. April. Der Gemeinderat hatte sich in seiner gestrigen Sitzung mit einer Vorlage des Gemeindevorstandes über städtischen Kleinwohnungsbau in der Sandgrube zu befassen. Es sollen 60 Wohnungen mit 56 Quadratmeter nutzbarer Grundfläche geschaffen werden. Die Gesamtbaukosten würden im Frieden 755 000 Mark betragen haben, während sie jetzt auf 2 640 000 Mark geschätzt sind. Als Zuschuß zu dem auf die Stadt entfallenden Kostenanteil hat ein Fabrikant dem Oberbürgermeister Stegmann heute 125 000 Mark übergeben, ein ander früher schon 10 000 Mark. Ein Antrag auf Erbauung von 110 Wohnungen wurde angenommen.

Riesa, 10. April. Bei der Frau eines Gutsbesitzers in Radewitz erschien nen zwei Militärpersonen, um Geld zu erpressen. Die Frau händigte den Männern 200 Mk. aus. Der Ehemann nahm später mit einigen anderen Männern die Verfolgung auf. Auf dem Elbdamm in Promnitz gelang es, die Verbrecher zu stellen. Im Verlauf des Kampfes verletzte der eine den Stationsschaffner Stellmacher durch einen Schuß in den Leib schwer und den Eisenwerksarbeiter Böhme leichter. Den Verbrechern gelang es, nunmehr zu entkommen. Bei dem Versuch, die Elbe zu durchschwimmen, ertrank einer der Verbrecher, der andere entkam.

Senftenberg, 12. April. Im hiesigen Gerichtsgefängnis griff der Untersuchungsgefangene Nöbke den Gefangenenaufseher, der ihm das Abendessen brachte, tätlich an, entriß ihm die Schlüssel und stürzte ihn über das Geländer des Treppenhauses vom dritten in den untersten Korridor hinab. Dann setzte er 15 Gefangene in Freiheit. Ein Teil von ihnen konnte wieder festgenommen werden. Nöbke selbst ist verschwunden.

Dessau, 11. April. Das herzogliche Haus schenkte dem Staate das herzogliche Hoftheater, die berühmten Wörlitzer Kunstschätze und Anlagen, darunter den herzoglichen Park, das Gotische Haus mit Gemälden im Werte von vielen Millionen, das Luisium bei Dessau, das Kühnauer Schloß mit Schloßgarten, die Umgebung des Ballenstedter Schlosses, die Herzogliche Hofbibliothek, das Archiv, einen Teil der herzoglichen Kunstsammlung und das Dessauer Landesmuseum. Ferner überwies das herzogliche Haus dem Staate Domänen und Forsten im Werte von 20 Millionen Mark, aus deren Erträgnissen die Kunststätten erhalten werden können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119190415-11/fragment/page=0002

Grimma, Eine zeitmäßige Warnung erlassen einige Landwirte in den „Nachr. für Grimma". Sie schreiben: Achtung! Landwirte: Die Freigabe der Eier aus der öffentlichen Bewirtschaftung ist ein Versuch, wie sich die Preise der landwirtschaftlichen Produkte ohne Zwangsbewirtschaftung gestalten werden. Wenn dieser Versuch mißglückt, d. h. zu einer Steigerung der Eierpreise führt, so ist zu erwarten, daß mit einer Freigabe der übrigen landwirtschaftlichen Produkte in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist. Darum hütet euch! Gebt kein Ei ab als zu einem bescheidenen Preis! 50 Pfennig das Stück ist schon ein hoher Preis.

Vermischtes.

= **Schon wieder eine Erhöhung des Briefportos.** Wie alle anderen Reichsbetriebe, insbesondere auch die Eisenbahn, ist nunmehr auch die Reichspost zu einem Zuschußbetrieb geworden. Die Reichspostverwaltung beabsichtigt daher, um die Einnahmen zu erhöhen, das Briefporto von 15 auf 20 Pfg. zu erhöhen. Die übrigen Portosätze dürften natürlich eine gleiche Steigerung erfahren.

Eichhorns Amtsführung.

— In der Sitzung des Untersuchungsausschusses der Preußischen Landesversammlung über die Berliner Unruhen machte Regierungsrat Dr. Dohe Mitteilungen über die Tätigkeit des früheren Polizeipräsidenten Eichhorn. Die von Eichhorn aufgestellte Sicherheitswehr habe in den Polizeirevieren und im Polizeipräsidium fürchterlich gehaust. Ueber viele hunderttausend Mark fehlen Belege. Eichhorn selbst hat in einem Fall 5100 Mark, in einem anderen Fall 1625 Mark für sich persönlich unterschlagen. Unter den verschwundenen Geldern befinden sich auch 147 000 Lei rumänischen Geldes, die bei Offizieren beschlagnahmt wurden und seitdem spurlos verschwunden sind. Eichhorn hat den revolutionären Obleuten und anderen unabhängigen Organisationen die Wohnungslisten der Schutzmannschaft ausgeliefert, und die Schutzleute, die sich der Unabhängigenpolitik nicht gefügt haben, sind seitdem nicht nur persönlich, sondern auch in ihren Familien in der brutalsten Weise terrorisiert worden. Die Sammlung und Austeilung von Waffen hat Eichhorn bereits am 11. November 1918 begonnen. Allein von der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik sind Waffen im Werte von 400 000 Mark erpreßt worden. Eichhorn hat ferner unter Benutzung eines Sauerstoffgebläses versucht, die Hauptkasse des Polizeipräsidiums zu berauben, der Versuch ist ihm aber nicht geglückt. Vom Magistrat Berlin hat Eichhorn viele Zentner feinsten Auszugsmehls erpreßt, um davon Torten für seine Leibwache backen zu lassen. Im Polizeipräsidium wurde in den von Eichhorn und seinen Trabanten besetzt gehaltenen Räumen eine Notenpresse gefunden, die zur Benutzung fertiggestellt war.

Die graue Frau

Roman von A. Hottner-Grese.

Auch Frau Angela erhob sich endlich und ging langsam, zögernd zur Tür. Aber dann drehte sie sich doch noch einmal um und trat zurück an das Kopfende des Totenbettes. Wenn Herr Anselm Gerhard noch einmal hätte seine Augen öffnen können, er hätte in dieser tiefblassen Frau mit dem erstarrten Ausdruck in dem schönen Gesicht kaum mehr das Weib erkannt, das er so sehr geliebt hatte in den goldenen Tagen der Jugend und das dann, jahrelang, so seltsam fremd neben ihm hergegangen war, daß er oft gedacht hatte, er sei schon völlig entrennt von ihr. Und doch hatte er es immer und immer wieder verstanden, wenn sie es wollte, ihn in den alten Zauberbann zu ziehen. Und dann hatte sie fast stets gesiegt.

Aber jetzt, in dieser Minute sah sie nicht aus wie eine Siegerin. Es war alles von ihr abgefallen: ihre Ruhe, ihre Anmut sogar und auch ihre Jugendlichkeit, die sie sich so lange mühelos erhalten. Als sie sich nun langsam über die Hand des Toten neigte und sie küßte mit einem schweren Abschiedskuß, da war sie nur noch eine ganz gebrochene, sehr unglückliche Frau. Als sie nun, von Dagobert und Heinrich gestützt, sich erhob, nahm sie mit zitternden Fingern den Strauß hochroter Agaleen von ihrer Brust und legte sie zwischen die steifen Hände des Toten. Wie Blutstropfen schimmerten die Blüten durch das dunkle Gemach.

Als auch hinter ihnen die Tür ins Schloß fiel, atmete Kurt Gerhard erleichtert auf. Gottlob! Nun war er endlich allein, denn die beiden fremden Amtspersonen, welche in dem Raume zurückgeblieben waren, um darüber strenge zu wachen, daß daselbst alles unverändert bliebe, diese beiden, ihm gleichgültigen Menschen, störten ihn nicht. Er hatte mit ihnen gesprochen und den Wunsch ausgedrückt, diese Nacht hier zu wachen. Ihnen war es recht gewesen. Sie waren ruhige, bedächtige Leute, welche durch ihren Beruf gegen Menschenleid und Schicksalswalten abgestumpft erschienen. Aber sie wußten es auch gut, daß junge Menschen den Schmerz auskosten wollen. So ließen sie ihn denn hier.

Ihm tat die Ruhe und Stille ringsum wohl. Allmählich verstummten die einzelnen Geräusche im Hause. Man hörte dort und da eine Tür gehen, leise Stimmen flüsterten noch, dann entfernten sich gedämpfte Schritte. Die Dienerschaft wurde endlich auch müde, das tragische Geschick des Hausherrn zu besprechen, die Natur forderte bei den nicht ganz nahe Beteiligten ihr Recht. Droben im ersten Stockwerke, gerade über Herrn Anselms Kontor, vernahm man dumpf den Schall von Tritten. Dort ging Dagobert ruhelos auf und ab. Aber der gleichmäßige Ton fügte sich, ohne zu stören, in die große Stille der Nacht, die nur dann und wann unterbrochen wurde durch den Sturm, der an den Scheiben rüttelte oder durch das stärkere Anschlagen des Regens. In dem weiten Raume war es vollkommen still geworden. Man hatte eine Decke über den Toten geworfen, unter welcher sich nur die Umrisse des mächtigen Körpers undeutlich abzeichneten. Die beiden wachhabenden Beamten saßen beisammen in einer Ecke und rauchten schweigend. Sie hatten die Köpfe an die Lehnen ihrer Fauteuils gelehnt und sich von Kurt abgewendet in dem richtigen Gefühl, daß für ihn Unbeachtetsein ein wahres Bedürfnis sei in diesen schweren Stunden. Die Gasflammen hatte man halb herabgedreht. Sie warfen jetzt nur ein unsicheres Licht durch den düsteren Raum.

(Fortsetzung folgt.)

Oeffentliche Sitzung des Schöffengerichts in Teuchern am 19. April 1919.

Vorsitzender Herr Amtsrichter Dr. Pfeiffer. Schöffen: Herr Gutsbesitzer Kurt Forner in Deuben, Herr Schlossermeister Robert Gäbler in Teuchern. Staatsanwaltschaft: Herr Amtsanwalt Görlitz. Protokollführer bei 1—5 Herr Referendar Kettmann, bei 6—9 Herr Referendar Schönborn.

1. Der Arbeiter Fritz Strohschelin aus Naundorf wurde wegen Entwendung von zwei eisernen Bettstellen von Grube Kamerad bei Naundorf zu drei Tagen Gefängnis verurteilt.

2. Die Schulknaben Franz Reuß, Otto Hoffmann und Kurt Ködderitzsch aus Teuchern haben am 3. Dez. 1918 aus dem Geschäftsladen der Witwe Elsa Schieke in Teuchern 2 Kuvertmärker, 1 Kopfschützer und 3 Kragenschoner entwendet, weshalb sie mit je einem Verweis bestraft wurden.

3. Am 19. Februar 1919 haben die Schulmädchen Lina Pennborf und Elsa Raumschüssel aus dem Geschäftsladen des Kaufmanns Willy Zimmermann hier 19 Stück Zuckermarken entwendet. Es wurden deshalb bestraft: die Pennborf mit einem Tage Gefg., die Raumschüssel mit einem Verweis.

4. Mit einem Verweise wurde das Schulmädchen Wally Schmalz aus Oberschwöditz bestraft, weil sie im Monat Dezember 1918 der Handarbeitslehrerin Ida Busch aus Theißen einen Knäuelbecher entwendet hat.

5. Vertagt.

6. Mit einem Tage Gefängnis wurde die verehelichte Arbeiterin Emilie Friedrich geb. Viereckel aus Teuchern bestraft, weil sie 10 Stück leere Zementsäcke und eine kleine Quantität Farbstoff aus dem Grünthalschen Quarzwerke hier entwendet hat.

7. Wegen Entwendung eines Holzkastens aus dem Grünthalschen Quarzwerke wurde der Grubenschmied Karl Keck aus Teuchern mit einem Tage Gefängnis bestraft.

8. Der Grubenarbeiter Albin Röder und der Grubenschmied Otto Röder beide aus Teuchern haben am 27. Febr. 8 Stück gefüllte Säcke mit Zement und Farbstoffen und 10 Stück leere Säcke aus dem Grünthalschen Quarzwerke entwendet, weshalb bestraft wurden, Albin Röder mit 2 Tagen Gefängnis, Otto Röder mit 1 Tage Gefängnis.

9. Das Strafverfahren gegen das Dienstmädchen Emma Scharfenberg in Hamburg wegen Diebstahls wurde auf Grund der Verordnung vom 3. Dez. 1919 eingestellt.

Letzte Nachrichten.

Der Vorsitzende der Münchner Räterepublik geflohen?

Berlin, 14. April. Wie die „Voss. Ztg." sagt sitzt Levien im Staatsgefängnis Stadelheim. Aber nach dem „Berl. Tagbl." hält er sich, genau so wie Landauer, versteckt. Der „Lok.-Anz." läßt sich melden, daß er unter Mitnahme von 2 Millionen Staatsgeldern nach der Schweiz entflohen ist.

Berlin, 14. April. In Augsburg benötigten die kommunistischen Stadträte kurz vor der Uebergabe an die Regierung Hoffmann dringend Lebensmittel zur Versorgung der Stadt. Sie wandten sich an die Amerikaner, die gleich Barbezahlung oder sicheren Kredit verlangten. Kredit wußten die Kommunisten aber nirgens zu finden und so beriefen sie wohl aber übel den alten Magistrat in seine Aemter zurück. Dieser sorgte dann auch gornicht für Kredit beim Ministerium Hoffmann und veranlaßte bei dieser Gelegenheit, wie es im „B. T." heißt, gleich die Uebergabe der Stadt. (W.T.B.)

Regierungstruppen nach Dresden entsandt.

Berlin, 14. April. Die ersten Transporte der Regierungstruppen, die auf Wunsch der sächsischen Regierung als Verstärkung nach Dresden entsandt wurden, sind laut „Voss. Ztg." bereits gestern nachmittag abgegangen. Auch ein bewaffnete Motorbootflotille ging die Elbe hinauf nach Dresden und traf gestern abend dort ein.

Berlin, 13. April. General von Maerker hat von dem Reichswehrminister den Befehl erhalten, zum Zwecke der Wiederherstellung zu sicheren Verhältnissen im Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehr, der seit einigen Tagen gestört ist, sowie zur Verhinderung von Gewalttätigkeiten an Post- und Eisenbahnbeamten mit seinem Korps in Braunschweig einzurücken. Das Unternehmen wird in allernächsten Tagen vor sich gehen.

Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Durch die Verordnung der Reichsregierung über Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und in Apotheken vom 5. Februar 1919 (R. G. Bl. S. 176) ist § 176 d. Abs. 2 der Reichsgewerbeordnung aufgehoben und durch die Bestimmung ersetzt worden, daß im Handelsgewerbe Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an Sonn- und Festtagen vom 1. April d. Js. ab nicht mehr beschäftigt werden dürfen, gemäß § 41 der Gewerbeordnung das insolgedessen vom 1. April ds. Js. ab an Sonn- und Festtagen in offenen Verkaufsstellen grundsätzlich ein Geschäftsverkehr überhaupt nicht mehr stattfinden. Auf Grund des Artl. 1 der Verordnung vom 5. Februar 1919 und der §§ 105 e, 55 a der Gewerbeordnung wird für den Umfang des Regierungsbezirks Merseburg unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs der Betrieb des Handelsgewerbes und der Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe im folgenden Umfange zugelassen:

1. an allen Sonn- und Festtagen wird der Handel mit Back- und Konditorwaren, mit Fleisch- und Wurstwaren, mit Fisch- und Vorkostwaren, mit Bier und Wein, mit Tabak und Zigarren, mit Kohels, mit Blumen und Kränzen, ferner die Zeitungsexpedition und der Betrieb des Speditionsgewerbes und anderer Gewerbe, soweit es sich um Abfertigung und Expedition von Gütern handelt bis zur Dauer von 2 Stunden, jedoch nicht über 12 ½ Uhr mittags hinaus.

Der Handel mit Milch ist bis zur Dauer von 3 Stunden im Polizeibezirk Halle bis zur Dauer von 5 Stunden, jedoch nicht über 1 Uhr mittags hinaus gestattet.

2) an den letzten 3 Sonntagen vor Weihnachten wird der Betrieb des Handelsgewerbes allgemein bis zur Dauer von acht Stunden jedoch nicht über 6 Uhr abends hinaus gestattet. Die Ortspolizeibehörden sind befugt, an höchstens 6 weiteren Sonn- und Festtagen im Jahre den Betrieb des Handelsgewerbes allgemein bis zur Dauer von 8 Stunden, jedoch nicht über 6 Uhr abends hinaus, zuzulassen.

3) am Totensest wird der Handel mit Blumen und Kränzen bis zur Dauer von 5 Stunden, jedoch nicht über 5 Uhr abends hinaus, gestattet.

4) sofern einer der letzten 3 Tage vor Neujahr auf einen Sonntag fällt, wird an diesem Tage der Papierhandel bis zur Dauer von 4 Stunden, jedoch nicht über 2 Uhr mittags hinaus, gestattet.

5) der Verkauf von Obst- und Obstpflanzungen darf an allen Sonn- und Festtagen während der Erntezeit bis zur Dauer von 5 Stunden, jedoch nicht über 6 Uhr abends hinaus, stattfinden.

6) In Ortschaften, wo ortsüblich von den Gast- und Schankwirten Bier und Wein vom Faß „über die Straße" verkauft wird, kann dieser Verkauf auch an Sonn- und Festtagen insoweit zugelassen werden, als nicht etwa andere polizeiliche Vorschriften, insbesondere auch solche über die äußere Heiligkeit der Sonn- und Festtage entgegenstehen.

7. In der Stadt Bad Kösen wird an allen Sonn- und Festtagen in der Zeit vom 1. Mai bis zum 1. November der Handel mit Erinnerungszeichen und geringwertigen Gebrauchsgegenständen bis zur Dauer von 5 Stunden, jedoch nicht über 6 Uhr abends hinaus, gestattet.

8. Die unteren Verwaltungsbehörden werden ermächtigt, das Feilbieten von Waren auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen und anderen öffentlichen Orten oder von Haus zu Haus an Sonn- und Festtagen in folgendem Umfange zuzulassen:

a) Das Feilbieten von Waren, insoweit es bisher schon ortsüblich war, bis zur Dauer von 2 Stunden, endigend spätestens eine halbe Stunde vor Beginn des Hauptgottesdienstes.

b) Das Feilbieten von Milch während der für den siebenden Milchhandel festgesetzten Zeit, oder ohne Unterbrechung durch die Gottesdienstpause bis zur Dauer von 3 Stunden, im Polizeibezirk Halle bis zur Dauer von 5 Stunden, aber nicht über 1 Uhr mittags hinaus.

c) Das Feilbieten von Schwaren Blumen, geringwertigen Gebrauchsgegenständen, Erinnerungszeichen und ähnlichen Gegenständen bei öffentlichen Festen oder sonstigen außergewöhnlichen Gelegenheiten, sowie für solche Ortschaften, in welchen an Sonn- und Festtagen regelmäßig durch Fremdenbesuch ein gesteigerter Verkehr stattfindet, bis zur Dauer von 5 Stunden, jedoch nicht über 6 Uhr abends hinaus.

Allgemeine Bestimmungen.

a) Die vorstehend unter Ziff. 1 bis 8 zugelassenen Ausnahmen sind als Höchstgrenzen anzusehen. Innerhalb dieser Grenzen haben die Ortspolizeibehörden die Geschäftsstunden nach Maßgabe des örtlichen Bedürfnisses festzusetzen und so zu regeln, daß sie spätestens eine halbe Stunde vor dem Beginn des Hauptgottesdienstes endigen und frühestens eine halbe Stunde nach dessen Beendigung wieder beginnen. (Ausnahmen unter Ziff. 8a und b). An Nachmittagen darf ein Geschäftsverkehr, soweit er überhaupt zugelassen ist, nur unter Ausschluß der Zeit des Gottesdienstes stattfinden.

b) Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter, die in dem vorstehend unter Ziff. 5, 7 und 8c zugelassenen Handelsverkehr an Sonn- und Festtagen über 1 Uhr mittags hinaus beschäftigt werden, sind mindestens an jedem dritten Sonntag von aller Arbeit freizulassen.

c) Diese Verordnung tritt sofort in Kraft. Gleichzeitig treten die Bestimmungen über Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vom 18. Juni 1892 (Amtsblatt S. 234) und alle dazu erlassenen Ergänzungen und Abänderungen außer Kraft.

d) Die Ziffern 127 bis 137 und 139 der Ausführungsanweisung vom 1. Mai 1904 (S. V. Bl. S. 123) zur Gewerbeordnung sind am 1. April ds. Js. außer Kraft getreten. In Geltung bleiben also die Ziffern 125 und 126 der Ausführungsanweisung betr. Automaten und Handelsgewerbe in Verbindung mit Schankwirtschaftsbetrieb.

Merseburg, den 1. April 1919.

Der Regierungs-Präsident.
von Gersdorff.

Die für die Zeit vom 16. Februar 1919 bis 13. April 1919 ausgegebenen grünen Brotmarken mit braun aufgedrucktem C verlieren am 17. April 1919 ihre Gültigkeit. Nach diesem Tage dürfen die Bäcker und Mehlhändler diese Brotmarken nicht mehr annehmen.

Die Bäcker und Mehlhändler haben diese Marken bis spätestens Donnerstag, den 10. April 1919 bei der Getreide- und Mehlstelle abzuliefern. Nach diesem Tage wird für diese Marken kein Mehl mehr geliefert.

Weißenfels, den 11. April 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
J. A. v. Preuschen, Regierungsassessor.

Ortsgruppe für Teuchern und Umgegend des Volksbundes zum Schutze d. Kriegs- u. Zivilgefangenen.

Anmeldungen zur Ortsgruppe und **Spenden** nehmen gegen Quittung entgegen: Der **1. Kassierer** Bäckermeister Hellmuth, Weißenfelserstr. und der **Vorsitzende** Lehrer Enghers, Zeitzerstr. 10.

Anmerkung: Die Aufgaben des Volksbundes liegen im Interesse aller Bevölkerungskreise. Deshalb sollte sich auch niemand ausschließen und eintreten für unsere Söhne, Männer und Brüder. Ein Deutschland ohne Unterschied des Standes und der Partei **muß seine Menschheitspflichten erfüllen.**

Der Vorsitzende.

:: Farben ::

für Maurer und Maler, **Schlemmkreide,** streichfertige **Fussbodenlackfarben, Firniss-Ersatz, Terpentinöl-Ersatz, Siccativ** (Friedensware,) **Wandmuster, Pinsel** usw.
empfiehlt in nur guten Qualitäten

Gustav Prötzsch.

Dienstag, den 15. Apr. abends 8 Uhr
C. Versammlung
im Ratskeller.
Der Vorstand.

Zum sofortigen Antritt suche
2 Arbeiterfamilien
gegen Wochenlohn, freie Wohnung, Kartoffelland, Kohlen und Deputat
Gut Kistritz b. Krauschwitz
Fr. Daus.

Kräftigen **Osterjungen**
in gute Stelle für sofort aufs Land **gesucht.** Zu erfragen in der Exp.

ff.. Krabbenfleisch
frisch eingetroffen,
Carl Hoffmann

Porree, Krauskohl, Steckzwiebeln, Börsch und Salatpflanzen
empfiehlt
Frau Räthel,
Schortauerstr. 7.

Ein Militärmantel
zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Bl.

Ein in noch gutem Zustande erhaltener
Leiterwagen
ist zu verkaufen. **Bahnstr. 6.**

Circa 100 Zentner
Futterrüben
hat zu verkaufen
Geissler, Kistritz.

2 Ziegenlämmer
zu verkaufen
Heimburger, Unternessa.

Fernspr. 6. Ferdinand Gresse, Teuchern. Bahnstr. 1.

empfiehlt:

Gusseiserne emaill. Kessel

emaill. Stahlblechkessel

Dachpappe
(in verschiedenen Stärken)

Dachteer

Karbolineum

grosse Auswahl in:

Eisernen Herden
Leipziger Oefen
Feuertüren und
Essenschiebern
Drahtgeflecht
Fenstergewebe
Stacheldraht

Von
Emaillewaren
sind folgende Artikel in grosser Anzahl eingetroffen:

Kochtöpfe
Schüsseln
Ringtöpfe
Kaffeekocher
Kaffeekannen
Milchkrüge
Reibeisen
Wannen, oval
Stürzenhalter
Henkeltöpfe
Eimer
Austulöffel
Teller
Durchschläge
Kaffeeflaschen
S.S.S. Garnituren
Waschbecken
Trinkbecher
Kehrschaufeln
Seifennäpfe
Leuchter

in verz.
Blechwaren
sind vorhanden:

Eimer
Kessel
grosse Badewannen
Kinder-Badewannen
Fussbadewannen
ovale Aufwaschwannen
Jauchenschöpfer
Waschbretter mit Zinkeinlagen
(In verschiedenen Preislagen)
Weissblechreibeisen
Kaffeesiebe
Mehlsiebe

Ferner:

Aluminium-Geschirre (garant. Rein-Aluminium
schwere Ausführung)

Waschständer
eiserne Bettstellen
Sturmlaternen
Spaten
Düngegabeln
Düngerhaken
eiserne Rechen
Holz-Rechen
Gartenhacken
Spatenstiele
Schaufelstiele
Hackenstiele
alle Sorten Schaufeln

Wirtschaftswagen
Tafelwagen
Dezimalwagen
sowie sämtl. Gewichte
Reibemaschinen
Wandkaffeemühlen
Kaffeemühlen
(mit Blech- und Holzgehäuse)

Grosse Auswahl in
Solinger Stahlwaren
als:
Messer u. Gabeln
Scheren
Küchenmesser
Fleischermesser
Taschenmesser
Haarschneidemaschinen
Rasierapparate
Geflügelscheren.

Das Vaterland ruft!

Zur Aufstellung von Freiwilligen-Verbänden können sich alle felddienstfähigen, moralisch einwandfreien Männer als

Freiwillige

melden. In Betracht kommen militärisch Ausgebildete des Jahrgangs 1900 und ältere, sowie unausgebildete des Jahrgangs 99 und älter.

Im Korpsbereich werden Freiwilligen-Verbände mit Vertrauensleuten bei

jedem Truppenteil

aufgestellt. Alle Waffengattungen (Infanterie, M.-G.-Schützen, Kavallerie, Artillerie, Pioniere, Minenwerfer, Nachrichtentruppen, Flieger, Kraftfahrer, Eisenbahner, Sanitäts-Personal und Troß) werden benötigt.

Wünsche auf Einstellung bei einem bestimmten Truppenteil mit Kameraden und Freunden zusammen werden möglichst berücksichtigt.

Die Freiwilligen-Verbände sollen den Stamm für die zu gründende

Reichswehr

bilden und die Ueberlieferung der alten, ruhmreichen Regimenter usw. fortpflanzen. Wer also treu an seinem alten Truppenteil hängt, mit dem er gekämpft und in dessen Reihen er für das Vaterland geblutet hat, der melde sich in **erster** Linie.

Vorläufig gelten dieselben Bedingungen wie bei den übrigen Freiwilligen-Verbänden, später die Bestimmungen für die Reichswehr.

Alle Truppenteile, Garnison- oder Bezirkskommandos geben weitere Auskunft.

Militärpapiere sind mitzubringen.

Der kommandierende General d. IV. A. K.
v. Kleist.

Ich bin zur Rechtsanwaltschaft beim Amts- und Landgericht Naumburg a. S. zugelassen.
Mein Büro befindet sich: Topfmarkt 13 I. Ecke Große Wenzelsstraße. Naumburg a. S.
Fernsprechanschluß vorläufig 200 (Wotschke), nach Ostern 745.

Kurt Eichstaedt,
Rechtsanwalt.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zu unserer Vermählung sagen herzlichen Dank

Otto Schumann und Frau
Martha geb. Arnold.

Teuchern, den 12. April 1919.

Lichtspiele „Weiße Wand"

Nur einen Tag. Nur einen Tag.

Mittwoch den 16. April.

Lebendig tot.

Schauspiel in 5 Akten.

Dazu

Das wandernde Glück.

Lustspiel in 2 Akten.

Um recht zahlreichen Besuch bittet
W. HÜHN.

Teuchern.

Kaufe jeden Posten ausgekämmtes
Frauenhaar
zu höchst. Preisen
Ernst Reiche
Friseur

Verzinktes
Drahtgeflecht
eingetroffen
Gustav Prötzsch.

Protokollbücher
Schnellhefter
Kassabücher
Löscher
Liniale
zu haben bei
Otto Lieferenz.

Gedenkfeier für die gefallenen Krieger

am **Karfreitag, abends 7½ Uhr** im **Gasthof zum Löwen.**

Es werden dargeboten:
Gedichte, Lieder durch den Gesangverein, musikalische Vorträge auf dem Harmonium und das „Weihespiel für unsere toten Helden" von Felix Neumann.

Eintrittskarten von je 1 Mark (ohne Platznummer) sind zu haben bei den Vorstandsmitgliedern Herrmann, Bergstr., Hamann, Bauberg und an der Kasse.

Die Ortsgruppe Teuchern des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten.

Schlanstedter Sommerweizen

I. Absaat

offeriert gegen Saatkarte

Paul Friedrich,
Teuchern.

Fernsprecher 13.

Pferdefleisch-Verkauf.

Dienstag, 15. April von vormittags 8 Uhr an, an die Inhaber der Verkaufsnummern 1—200, Nur die vorgeschriebenen Nummern können bedient werden. Brotmarkenzeichen mitbringen.

Roßschlächterei Hinniger.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Lieferenz Teuchern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119190415-11/fragment/page=0004

Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die fünfgespaltene Korpuszeile 20, Reklamezeile 30 Pf.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10 bis spätestens vormittags 10 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 1,60 Mk. von unseren Boten ins Haus gebracht 1,75 Mk und durch den Briefträger 1,74 Mk.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 45. | Dienstag, den 15. April 1919. | 58. Jahrgang.

Deutsche Nationalversammlung.

Ablehnung der Sommerzeit.

Die deutsche Nationalversammlung erledigte am Freitag nachmittag zunächst eine Reihe von Anfragen. U. a. wurde eine gerechte Verteilung des Zeitungsdruckpapiers an alle deutschen Tageszeitungen gefordert. Der Regierungsvertreter versprach die baldige Aufhebung der Kontingentierung des Zeitungspapiers.

Die Anfrage, ob sich die Beschlagnahme des Privateigentums des Breslauer Bistums durch die tschechoslowakische Regierung bewahrheite, wird bejaht und Gegenmaßnahmen zugesichert.

Es folgte die erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die

Sommerzeit,

d. h. die Verlegung der Stunden während der Zeit vom 28. April bis 15. September 1919.

In der Debatte schlug der Vertreter der bayerischen Regierung, Ministerialdirektor Rehmar, zuerst den Ton der Ablehnung der Vorlage an. Als man im Hause neugierig fragte, im Namen welcher bayerischen Regierung er spreche, antwortete er entrüstet: „Es gibt nur eine bayerische Regierung, zurzeit in Bamberg." Redner erklärte im Namen seiner Regierung, daß sie die Einführung der Sommerzeit, entsprechend der Haltung, die die landwirtschaftliche Bevölkerung Bayerns ausnahmslos und die Arbeiterschaft in Handel und Industrie zum überwiegende Teil einnimmt, entschieden ablehnt.

Nur Abg. Dr. Hartmann (Dtschntl.) begrüßte, als Arzt, die Vorlage im Interesse der Volksgesundheit.

Die Abstimmung ergab die Ablehnung des Gesetzentwurfs.

Einstimmige Annahme in allen Lesungen fand der Gesetzentwurf betr. die Ausbildung von Kriegsteilnehmern zum Richteramt. Bei der Beratung konnte Justizminister Landsberg die Beendigung der Vorarbeiten für ein neues Strafgesetzbuch noch vor Ablauf des Jahres in Aussicht stellen und in einer nur noch Wochen zählenden Zeit die Novelle zur Strafprozeßordnung.

In allen drei Lesungen wurde ebenfalls der Gesetzentwurf zur Aenderung des Kriegssteuergesetzes vom 21. Juni 1916 (Verwendung der Einnahme aus der Kriegsabgabe für die Fehlbeträge der Rechnungsjahre 1916, 1917 und 1918) ohne Debatte angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Weimar, 12. April.

In der heutigen Sitzung begann die Nationalversammlung zunächst die Aussprache über den Gesetzentwurf, der die Kaliwirtschaft regeln soll.

Abg. Sachse (Soz.) stellte sich nach der Mitteilung, daß im rheinisch-westfälischen Bergbau der Friede bevorstehe, vollständig auf den Boden des Gesetzes. Geheimrat Grasmann verteidigte kurz den Entwurf.

Die Abgg. Imbusch (Ztr.), Pohlmann (Dem.), Behrens (Dtschntl.) und Reinicke (Dtsch Vp.) machten auf die Schattenseiten der Sozialisierung und die Mängel des Entwurfes aufmerksam: die nicht genügende Rücksichtnahme auf die Landwirtschaft. Das Gesetz wurde dem Ausschuß überwiesen.

Preußische Landesversammlung.

In der Freitag-Sitzung der preußischen Landesversammlung nahm die Rede ihres Präsidenten Leinert, die im Hause lebhafteste Zustimmung fand, das Hauptinteresse in Anspruch. Besonders wirkungsvoll war seine Erklärung, daß unsere Regierung niemals ihre Zustimmung zu einem Gewaltfrieden geben darf, der Deutsche unter die Fremdherrschaft anderer bringt.

Der einzige Diskussionsredner, der Unabhängige Abg. Adolf Hoffmann erklärte, daß sich seine Partei nicht dem gemeinsamen Antrag der anderen Parteien, für einen wahren Verständigungsfrieden zu wirken, anschließen könne. Auch seine Partei verlange die sofortige Aufhebung der Blockade und die Zurückführung der Gefangenen, jedoch müsse sie sich der Abstimmung enthalten, weil sie sich ausschließlich gegen einen Appell an die bürgerliche Regierung der kapitalistischen Länder.

Bei der Abstimmung des Antrags ergab sich eine große Mehrheit, nur die Unabhängigen waren auf ihren Plätzen sitzen geblieben. Hierauf wandte sich das Haus der Beratung der Anträge über Gemeindefragen zu.

Es folgte die Beratung der Anträge auf

Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht,

Hebung der Volksschule und des Lehrerstandes. Kultusminister Haenisch kündigte einen Gesetzentwurf über völlige Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht und der Ortsschulaufsicht an. Als Ersatz käme die Kreisschulaufsicht durch Fachleute. Zustimmend äußerten sich ein Redner der demokratischen Partei und die Vertreter der sozialdemokratischen Parteien. Hierauf vertagte sich das Haus auf Sonnabend.

Berlin, den 12. April.

Nach Erledigung von Anfragen wird der Gesetzentwurf über Landeskulturbehörden der Siedlungskommission überwiesen.

Es folgte die Beratung der Anträge des Zentrums und der deutschen Volkspartei auf Lebensmittellieferung an die Bera- und Hüttenarbeiter.

Abg. Brust (Zentr.) schilderte die traurigen Ernährungsverhältnisse im westfälischen Revier. Handelsminister Fischbeck legte dar, daß von der Regierung bisher alles für die Bergarbeiter geschehen sei, was bei der herrschenden Lebensmittelknappheit möglich war.

Preußische Landesversammlung.

12. April. Es kamen Anträge auf Entschädigung der Gemeinden und Einwohner in den besetzten Gebieten, auf Erhöhung der dortigen Teuerungszulagen und auf Hinterbliebenenversorgung für die in den Polenkämpfen gefallenen Bürger- und Bauernwehrmitglieder zur Vorlage.

Wohlfahrtsminister Stegerwald teilt mit, daß eine entsprechende Verordnung in Bearbeitung sei.

Die Anträge gehen an einen Ausschuß. Ein Antrag der Unabhängigen fordert die Verwendung der Gebäude der Hohenzollern-Familie zu Wohlfahrtszwecken.

Abg. Rosenfeld (U. S.): Der Antrag läßt die Eigentumsverhältnisse an den Gebäuden unberührt. Der Antrag wird gegen die Rechte angenommen. Eine Reihe weiterer Anträge geht an verschiedene Ausschüsse. Es folgt der An-

verhandeln werden, sondern sie können unsere Bedingungen annehmen, wie sie ihnen vorgelegt werden, oder nicht. Wenn sie ablehnen, würde der Waffenstillstand gekündigt werden.

Vom Räte-Kongreß.

In der Sonnabendsitzung wurde zur Kenntnis gebracht, daß der Senat des Kammergerichts die Haftentlassung Ledebours wegen Fluchtverdacht abgelehnt hat. Das Mitglied des Zentralrats Cohen-Reuß referierte dann über den Wiederaufbau Deutschlands und das Rätesystem. Er sagte u. a.: Der Rätegedanke ist nicht ein bolschewistisches Produkt. Die deutschen Gewerkschaften waren sehr geeignet, den Träger des Produktionsgedankens zu bilden. Aber sie waren zu wenig elastisch, sonst hätten sie sich an die Spitze des Rätegedankens stellen müssen. Ich habe aber die bestimmte Hoffnung, daß sich die Gewerkschaften zurückfinden werden."

Der Korreferent Däumig (U. S. P. D.) empfahl die Annahme des Antrages zum Rätesystem.

Dem „Berl. Tgbl." zufolge sind Brandes-Magdeburg aus der Haft entlassen worden.

Wider die Räterepublik.

Wie vom Generalkommando in Nürnberg mitgeteilt wird, soll in München die Gewalt der

Räte vor dem Zusammenbruch

stehen. Das Münchener Militär stehe auf seiten der Regierung Hoffmann. Diese hat sich nunmehr zur Schaffung einer auf breiter Volksgrundlage zu bildenden Volkswehr entschlossen.

Das Münchener Gemeindekollegium hat die vom Landtage eingesetzte Regierung als die gesetzmäßige anerkannt.

Die Unterwerfung Augsburgs.

In vielen Städten sind die ausgerufenen Räterepubliken wieder rückgängig gemacht worden. Das Militär steht überall hinter der Regierung Hoffmann. Augsburg hat sich bedingungslos unterworfen, ebenso Schweinfurt und Aschaffenburg.

Die bayerische Regierung in Bamberg.

Das Ministerium des Freistaates Bayern setzt sich zusammen wie folgt: Minister des Aeußeren und Kultus: Hoffmann, Minister des Innern: Segitz, Minister für Landwirtschaft: Steiner, Minister für Handel und Industrie: Segitz, Finanzminister in Vertretung: Kalckbrenner, Minister für soziale Fürsorge in Vertretung Gasteiger, Minister für militärische Angelegenheiten Schneppenhorst, Justizminister: Endres.

Unruhen und Streiks.

Belagerungszustand in Danzig.

Der Kommandierende General des 17. Armeekorps hat den Belagerungszustand über Danzig und Umgebung erneut verhängt. Die Pressefreiheit ist eingeschränkt.

Die Streiklage in Danzig hat sich verschärft. Freitag mittag traten auch die städtischen Arbeiter in den Ausstand, so daß die Gas- und Elektrizitätswerke zum Stillstand kamen. In der Nähe des Hauptbahnhofes kam es kurz vor 4 Uhr abermals zu einem blutigen Zusammenstoß. Der Pöbel ging mit Knüppeln gegen die Soldaten vor. Die Zahl der Opfer vom Mittwoch bis Freitag ist viel größer, als man zuerst angenommen hatte. Bisher sind 37 Tote gezählt und etwa 110 Verwundete. Die Verletzungen sind durchweg schwerer Natur.

Der Eisenbahnerstreik in Danzig ist beendet.

Gefechte in Börssum.

Freitag abend entwickelte sich am Bahnhof Börssum, 25 Kilometer südlich Braunschweig, an der Linie Braunschweig—Harzburg, ein Feuergefecht. Im Laufe des Tages hatten Goslarer Jäger den Bahnhof besetzt und einen Panzerzug vorgeschoben, um die Eisenbahnstrecke Magdeburg—Börssum—Hildesheim zu sichern. Bei Einbruch der Dunkelheit erschien von Braunschweig ein Militärkraftwagen, der von einem mit Bewaffneten besetzten Lastauto begleitet war. Da die Wagen auf Anruf die Regierungstruppen angriffen, wurden sie unter Maschinengewehrfeuer genommen. Unter schweren Verlusten mußten sich die Braunschweiger Kommunisten zurückziehen.

Die Besatzung des Bahnhofs Schöningen, die die Volksmatrosen-Division Braunschweig gestellt hatte, wurde von Regierungstruppen gefangen genommen und wird nach Goslar eingebracht.

Abflauen des Streiks im Ruhrrevier.

Die aus dem Ruhrgebiet vorliegenden Meldungen über die Streiklage lassen ein Abflauen der Streikbewegung erkennen. In 15 von insgesamt 20 Bergrevieren hat die Zahl der Streikenden abgenommen. Auf verschiedenen Zechen im Revier Recklinghausen ist am Sonnabend die Arbeit ganz oder zum größten Teil wieder aufgenommen worden. Auch im Dortmunder und in anderen Bezirken ist die Streikbewegung zurückgegangen, während im Hamborner, Oberhausener und Gelsenkirchner Revier der Streik am Sonnabend unverändert fortdauerte.

Auf den Kruppschen Werken ist der Streik am Freitag fast vollständig zusammengebrochen.

Die vier Bergarbeiterverbände erlassen einen gemeinsamen Aufruf an die Bergarbeiter des Ruhrreviers, in dem sie die Arbeiter unter Hinweis auf die bei den Verhandlungen mit dem Zechenverband und den Knappschaften erreichten Zugeständnisse auffordern, die Arbeiten aufzunehmen.

Das Ersaufen der Schächte.

Infolge des Bergarbeiterstreiks machen sich auf einem Teil der Zechen bereits erhebliche Betriebsstörungen bemerkbar. Auf der Zeche „Franziska" ist die sechste Sohle bereits ersoffen, und auf der Zeche „Minister Achenbach" besteht gleichfalls die Gefahr des Ersaufens der Schächte, da die für die Kohlengewinnung angestellten Beamten nicht genügend Kohlen zur Inbetriebhaltung der Pumpen fördern konnten.

Einstellung des Bahnverkehrs in Kassel?

Von der Eisenbahndirektion in Kassel wird die vollständige Einstellung des Bahnverkehrs erwogen, da infolge des Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet die Kohlenvorräte völlig erschöpft sind. Der Zugverkehr ist bereits seit Donnerstag auf ein Mindestmaß beschränkt worden.

Spartakistenputsch in Hagen.

Spartakisten stürmten am Freitag das Gerichtsgefängnis in Hagen und befreiten wahllos die Gefangenen, unter ihnen eine Anzahl schwerer Verbrecher, dagegen keinerlei politische Gefangenen. Die Spartakisten hausten im Gefängnis wie die Wilden und demolierten die Räume. Als eine Abteilung der Stadtwehr erschien, ergriffen die Spartakisten die Flucht.

Die Kämpfe in Düsseldorf.

Das Militär in Düsseldorf hat in der Nacht zum Sonnabend die Umgebung des Hauptbahnhofes von den bewaffneten Spartakisten gesäubert. Aus dem Vorort Bilk wurde der Hauptbahnhof den ganzen Freitag über durch die Spartakisten, die auf der Kölner Straße Barrikaden errichtet hatten, beschossen. Dabei wurden drei Reisende getötet und eine ganze Anzahl [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119190415-11/fragment/page=0005